



## Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

### Rauchfreier öffentlicher Raum

Der Landtag wolle beschließen:

- A) Der Schleswig-Holsteinische Landtag verpflichtet sich selbst mit sofortiger Wirkung, das Rauchen im gesamten Landeshaus zu verbieten.
- B) Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf:
1. geeignete rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um das Rauchen in allen Gebäuden der Landesregierung und in nachgelagerter Behörden zu verbieten oder auf Grundlage einer freiwilligen Selbstkontrolle zu beenden,
  2. zu prüfen, ob und wie gemeinsam mit den Kommunen eine über die Anforderungen des Jugendschutzgesetzes ab 2007 hinausgehende Regelung geschaffen werden kann, die das Aufstellen von Zigarettenautomaten auf öffentlichem Raum grundsätzlich verbietet,
  3. gemeinsam mit den VertreterInnen von Schülern, Lehren und Schulleitern eine angemessenen Lösung für die Umsetzung der „rauchfreien Schule“ spätestens zum 1.2.2006 zu finden,
  4. die Unterstützung von Präventions-, Entwöhnungs- und Fortbildungskampagnen gegen das Rauchen weiter zu führen und auszubauen.
- C) Weiterhin bittet der schleswig-holsteinische Landtag die Landesregierung, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu starten, die EU-Richtlinie zum Werbeverbot von Tabakwaren umgehend in nationales Recht umzusetzen. Das Werbeverbot soll Bestandteil eines Gesamtkonzeptes „Rauchfreier öffentlicher Raum“ im Sinne eines Nichtrauchergesetzes in Anlehnung an die bestehenden Regelungen in europäischen Ländern (Italien, Irland, Schweden) sein.

**Begründung:**

Das Einstiegsalter von Kindern und Jugendlichen für den Konsum von Zigaretten sinkt stetig und liegt aktuell bei ca. 11 Jahren. Rauchen ist erwiesenermaßen ein Gesundheitsrisiko. Mehr als die Hälfte aller RaucherInnen verstirbt an einer Erkrankung, die im Zusammenhang mit dem Rauchen steht. Das sogenannte „passiv Rauchen“ wirkt sich schädigend auf Nicht-raucherInnen aus. Das Schleswig-Holsteinische Jugendparlament hat sich im November diesen Jahres für ein Rauchverbot in der Öffentlichkeit sowie in Schulen und Gaststätten ausgesprochen.

Monika Heinold  
und Fraktion